

**Arbeitskreis Verbandsgemeinde
Kelberg - muss bleiben
Kommunal- und Verwaltungsreform
Selbstständigkeit oder Fusion der
Verbandsgemeinde Kelberg**



bürger-nah · leistungs-stark · selbst-ständig
Internet: www.vg-kelberg-muss-bleiben.de

Unterschriftenlisten Herrn Innenminister Lewentz im Kelberger Rathaus überreicht

Auf seinem Weg zur Freigabe des Teilstückes der A1 (Ausfahrt Kelberg) hat der Innenminister einen Zwischenstopp im Kelberger Rathaus eingelegt.

In Anwesenheit des Verbandsbürgermeisters, der Beigeordneten, der Fraktionsvorsitzenden, des Kelberger Ortsbürgermeisters und des Büroleiters überreichte der Vorsitzende des Arbeitskreises „VG Kelberg - muss bleiben“ dem Minister die Listen für den Erhalt der Verbandsgemeinde Kelberg mit 6705 Unterschriften.

A. Kapell setzte sich eindringlich für die Selbstständigkeit der Verbandsgemeinde ein. Er betonte, dass nicht die Einwohnerzahl die Diskussionen im Entscheidungsprozess im Landtag die anderen positiven Kriterien der Leistungsfähigkeit der Verbandsgemeinde überlagern darf.

Er wies darauf hin, dass wichtige Voraussetzungen, die im Landesgesetz festgeschrieben sind, von der VG Kelberg erfüllt werden. Eine Bestätigung dieser Einschätzung habe auch das Gutachten der Universität Trier herausgearbeitet. A. Kapell zitierte eine Passage aus dem Antwortschreiben des Fraktionsführers Bündnis 90/Die Grünen an den Arbeitskreis, die betont, dass sich im Hinblick auf die Kelberger Verbandsgemeinde ein Blick auf die Ausnahmeregelung im Landesgesetz lohne. Der Arbeitskreis-Vorsitzende betonte auch, dass die Bürgerinnen und Bürger, die jetzt mit überzeugender Mehrheit für den Erhalt der Verbandsgemeinde votiert haben, nicht grundsätzlich gegen eine Reform eingestellt seien. Sie hielten nur diese Reform für die Verbandsgemeinde als ungeeignet, um die Ziele des Landesgesetzes zu verwirklichen.

Voraussetzung für eine tragfähige Reform sei zunächst eine Aufgabenanalyse für alle Verwaltungsebenen. Vor dem Hintergrund dieser Neubewertung könnten dann gleichzeitig Verbandsgemeinden und Kreise unter Mitwirkung der Betroffenen zukunftsweisend austariert werden.

Innenminister Lewentz ging in seiner kurzen Antwort davon aus, dass die Anzahl der Bewohner eine Gebietsveränderung erfordere. Er wohne in einer fusionierten Verbandsgemeinde und könne feststellen, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die Fusionsauswirkungen kaum merken. Im Übrigen verwies er auf das parlamentarische Verfahren im Landtag, und dass für jede geplante Fusion ein eigenes Gesetz formuliert werden muss.

In diesem Rahmen würden auch die Verbandsgemeinden noch einmal angehört. Der Ministerbesuch lässt folgende Bewertung zu:

- Der Minister sieht die Notwendigkeit einer Gebietsveränderung, weil nicht genug Menschen in unserer Verbandsgemeinde leben.
- Leider bleiben (bis jetzt) die Kriterien, die der Verbandsgemeinde eine aussichtsreiche Zukunft garantieren, ausgeblendet.
- Die Hinweise auf das Landesgesetz (einseitig interpretiert) und das parlamentarische Verfahren unterstreichen eine Erwartung, die für die VG Kel-

berg negativ ist. Im parlamentarischen Verfahren haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Mehrheit.

- Die Verbandsgemeinde Kelberg kann die Beratungen ab Juli 2012 nur noch durch ein eigenes Gutachten, das von Prof. Dietlein (Uni Düsseldorf) erstellt wird, beeinflussen.
- Experten gehen davon aus, dass das Landesgesetz in einzelnen Passagen juristisch anfechtbar ist. Deshalb verlangt das überwältigende Ergebnis der Unterschriftenaktion geradezu danach, die vorgesehene Fusion juristisch prüfen zu lassen.

A.K.

